DIE LUPE

DIE LINKE.
Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Juni 2015

DIE LUPE *http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/*

Der Grünzug in der Torgauer Straße soll nach Annedore Leber benannt werden

Abbildung: Open-Air-Ausstellung an der ehemaligen Kohlenhandlung Annedore und Julius Leber

Seit dem 28. Mai 2015 ist der Grünzug am südlichen Ende der Roten Insel eröffnet und als Park der Öffentlichkeit übergeben. Dabei sticht die besondere Geländegestaltung an der Torgauer Straße / Ecke Gotenstraße und das dort erhaltene kleine Gebäude heraus. Hier befand sich die ehemalige Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber, die im Nationalsozialismus ein Ort des Widerstandes war. Es ist dem Drängen engagierter Bürger, die sich im Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber zusammengeschlossen haben, zu verdanken, dass in zähen und ermüdenden Auseinandersetzungen über zweieinhalb Jahre die Erhaltung des Geländes erreicht wurde.

In dem Gebäude, das mit seiner unmittelbaren Umgebung derzeit noch wie ein „Schandfleck“ anmutet, soll nach den Vorstellungen des Arbeitskreises möglichst bald ein Lern- und Gedenkort für Annedore und Julius Leber eingerichtet werden. Die Verhandlungen mit dem Bezirksamt über die diesbezügliche Nutzung von Gebäude und Gelände haben begonnen, sind aber noch nicht abgeschlossen. Vom Verlauf und Ergebnis hängen sowohl die notwendigen konkreten Planungen als auch die entsprechende Finanzierung ab. Aktuell wichtig ist zunächst die Reparatur des vom Sturm „Niklas“ beschädigten Gebäudedaches, was der Bezirk bereits zugesagt hat.

Zur Parkeröffnung hat der Arbeitskreis bereits eine provisorische Open-Air-Ausstellung zu Annedore und Julius Leber, zur Geschichte der Kohlenhandlung und des Widerstandes sowie zum Konzept Lern- und Gedenkort erstellt, die derzeit auf dem Gelände zu sehen ist.

SPD und DIE LINKE haben am 20. Mai 2015 in der BVV Tempelhof-Schöneberg den Beschlussantrag eingebracht, den Grünzug Torgauer Straße entlang der Ringbahnstraße zwischen Cheruskerpark und Naumannstraße in Annedore-Leber-Park zu benennen. In der Begründung heißt es: „... Die Benennung eines Teils der Schöneberger Schleife nach Annedore Leber macht die Widerstandskämpferin und Verlegerin im Schöneberger Stadtbild sichtbar. Der Abschnitt entlang der ehemaligen Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber ist dafür optimal geeignet. ...“

Annedore Leber führte die Kohlenhandlung nach 1945 weiter, gründete dort Ihren später in Verlag Annedore Leber unbenannten MosaikVerlag, mit dessen Veröffentlichungen sie einen zentralen Beitrag zum Verständnis des Widerstandes in der NS-Zeit im Nachkriegsdeutschland leistete.

Der Antrag wurde am 20. Mai in der BVV noch nicht entschieden, sondern zunächst in den bezirklichen Kulturausschuss zur Beratung verwiesen.

Andreas Bräutigam

Am 1. Juni 2015 um 15 Uhr hat die Initiative „Mietenvolksentscheid Berlin“ **48.541 Unterschriften** bei der Senatsverwaltung für Inneres abgeben.

Siehe PM auf Seite 4

Siehe Seiten 3 und 4

K u n d g e b u n g
am 27. Juni 2015
von 11 bis 15 Uhr
auf dem **Kaiser-Wilhelm-Platz:**
Gegen Altersarmut, Zwangsverrentung und Behördenwillkur
mit: **Azize Tank**, MdB (DIE LINKE) Ausschuß für Arbeit und Soziales und **Arne Brix** Mitglied des Bundesvorstandes (DIE LINKE).

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 1 10.06.2015 18:24:17

Rathaus öffnen
Hier kurze Hinweise, wie man (derzeit) die Rathaus-Politik im Bezirk direkt beeinflussen kann. Der Arbeitskreis Kommunales und die Verordneten von DIE LINKE beraten und unterstützen Sie/Dich gerne dabei.
Einwohnerfragen zur BVV: Zu jeder BVV-Sitzung können Einwohnerinnen und Einwohner am Anfang der Sitzung Anliegen öffentlich machen und eine Antwort vom Bezirksamt abfordern.
Näheres: http://www.berlin.de/ba.tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/frage.html
Bürgerbegehren und Bürgerbescheid:
Grundsätzlich sind Bürgerbegehren zu allen Themenbereichen möglich, in denen die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlussberechtigt ist.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/info/mehr_demokratie.html
Eingaben und Beschwerden:
Probleme mit Entscheidungen der Verwaltung können als Petition an den BVV-Ausschuss eingereicht werden.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/formular.php

Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen:
Bei neuen Bebauungsplänen sind Interventionen möglich.
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/organisationseinheit/planen/bebaungsplaene.html

BVV-Sondermittel:
„Zuschüsse für Vereine, Bürgerinitiativen und Projekte aller Art".
Näheres: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/politik/bvv/wissen.html

CDU und SPD als „Leuchtturmwärter" für EUREF

23. Mai 2012 Torgauer-Straße: Demonstration vor dem EUREF-Eingang 2012 - das ist die Erschließungsstaße!

Neues, aber nichts Gutes von dem Schöneberger EUREF-Gasometer-Gelände.
Eine neue Runde scheint eingeläutet in der unsäglichen Verquickung von privater Immobilienentwicklung und politischer Förderung.
Die Vermarktung des Geländes entwickelt sich und es besteht Bedarf für weitere Neubauten auf dem Gelände. Offenbar lässt sich gut Geld verdienen und es hat sich nach den großkotzigen Ankündigungen (Energie-Universität in Zusammenarbeit mit russischen Investoren und Unis mit 5.000 Beschäftigten) nun ein tragfähiges Konzept zur Ansiedlung von innovativen Firmen aus der E-Mobility, Energie- und Elektronik-Branche aufgetan (derzeit rund 1.500 dort Arbeitende).
Wo liegt nun das Problem? Das liegt darin, dass für diese Immobiliendeals von dem Bezirk ein großzügiger Bebauungsplan geschaffen wurde und die Verpflichtungen des Investors aus dem Durchführungsvertrag grob verletzt werden.
1) Das denkmalgeschützte Gasometergerippe (nette Kulisse für Jauchs Sonntagssendung) hätte danach schon längst saniert sein müssen. Passiert ist nichts!
2) Die Erschließungsstraße: Eigentlich integraler Bestandteil des Projekts und durch den Entwickler EUREF zu bauen. Nachdem durch Planungen der Bahn eine Unterführung (S-Bahn-Ring) teurer wurde, hatte der Bezirk 2011 die Baumaßnahme übernommen, weil es ihm möglich ist, europäische Fördergelder zu beantragen. Soweit abgesichert wenigstens, dass die übrigen Kosten einschließlich Planungskosten durch EUREF zu übernehmen sind. Seit 2014 stockt nun die Umsetzung, weil von EUREF keine Bürgschaften für das Projekt beigebracht werden.
Hinter den Kulissen scheint aber heftige Betriebsamkeit zwischen den wirtschaftlichen und politischen Akteuren zu bestehen.
Als Statisten dann am 13.5. der BVV-Stadtentwicklungsausschuss auf dem EUREF-Gelände. Obwohl nicht auf der Tagesordnung, fast zwei Stunden Aussprache und Präsentation der EUREF-Verantwortlichen mit Forderungen an die Politik. Am Ende zaubert die CDU eine Tischvorlage hervor, die im Ausschuss (zunächst mit Änderungen) angenommen wird.
Dabei geht es scheinbar darum, dass das Stadtentwicklungsamt zügig eine (zweite) Abwägung der Bürgerbeteiligung zu dem Bebauungsplan (aus 2009) abschließen soll. Da der B-Plan noch nicht festgesetzt war (Bahnbefangenheit von Teilen des Plangebiets), musste durch eine geänderte Rechtslage noch Genüge getan werden.
Die BVV am 20.5. beschloss nun mit CDU/SPD-Mehrheit:
„1. Die BVV begrüßt die seit dem Beschluss des Bebauungsplans durch die BVV am 15.7.2009 eingetretenen Entwicklungen auf dem EUREF-Campus. Das Projekt hat Leuchtturmcharakter für Tempelhof-Schöneberg und über den Bezirk hinaus für die Ansiedlung innovativer Firmen in Berlin. EUREF ist nach dem Flughafen BER eines der größten Investitionsprojekte in der Region.
2. Die BVV ersucht das Bezirksamt, das Projekt in seiner Weiterentwicklung nach Kräften zu fördern und die geplante künftige Entwicklung auf dem Standort positiv zu begleiten.
3. Die BVV ersucht das Bezirksamt außerdem, im Sinne von Punkt 2 dieser Beschlussempfehlung, der BVV bis spätestens zur Juni-Sitzung das Abwägungsergebnis des erneut ausgelegten Bebauungsplans 7-29 vorzulegen."
Abgelehnt wurde ein 4. Punkt, den die Grünen beantragt hatten. Bescheiden wurde daran erinnert, dass durch den Vorhabenträger die „bestehenden vertraglichen Verpflichtungen eingehalten und nicht verzögert oder blockiert werden".
Diese Beschlusslage lässt Schlimmes erwarten: EUREF hat schon angekündigt, dass sie auch ohne Erschließungsstraße weiterbauen möchten. Ein Verkehrsgutachten würde eigentlich keine weiteren Baugenehmigungen zulassen. Die besondere Art der Nutzer (stärkere Nutzung der Bahn oder Fahrrad) sollen in einem neuen Gutachten bestätigt werden und Planreife mit neuen Baugenehmigen ermöglichen. Die schmale, holprige Torgauer Straße (Kopfsteinpflaster) und ein direkter Zugang zur S-Bahn-Station sollen dann ausreichend sein für die Anbindung von rund 90.000 qm Büro- und Seminarflächen.
Die Verordneten von DIE LINKE und betroffene Anwohner befürchten, dass dem Entwickler auch die nächsten Geschäftsmöglichkeiten eröffnet werden, ohne dass er seinen Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen nachkommen müsste.
Trotzdem werden sich CDU und SPD zur Berlin-Wahl im Licht des Leuchtturms sonnen wollen!

BV H. Gindra

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 2 10.06.2015 18:24:18

BVV am 20. Mai 2015

Striktere Regelungen bei EinwohnerInnen-Anfragen
Seit der letzten BVV-Sitzung wurden die Anforderungen für EinwohnerInnen-Anfragen deutlich verschärft. So wurde von der Bezirksverordnetenvorsteherin Petra Dittmeyer (CDU) im Ältestenrat mündlich mitgeteilt, dass gewisse Fragen nicht mehr zugelassen werden. Sind sie in den Augen des BVV-Büros zu lang, suggestiv oder nehmen sie eine nicht einfach prüfbare Bemerkung vorweg, werden sie nicht aufgerufen. Bislang hatten EinwohnerInnen die Möglichkeit, in der BVV durch ihre Fragen eigene Themen einzubringen und ihre VolksvertreterInnen (Bezirksamt oder BVV) Stellung nehmen zu lassen. Eine striktere Regelung wird das zwar nicht unterbinden können, doch werden den BürgerInnen eindeutig Steine in den Weg gelegt.

Welche Folgen wird der Rechtsstreit mit der BImA haben?
In einer mündlichen Anfrage beschäftigte sich BV Gindra (DIE LINKE.) mit der Klage der Bundesanstalt für Immobilienfragen (BImA) gegen den Bezirk. Dieser wollte für die Häuser in der Großgörschen- und Katzlerstraße das Vorkaufsrecht ausüben und damit die Häuser von der Gewobag aufkaufen lassen. Diese liegen nämlich in einem Erhaltungsschutzgebiet.
Dagegen klagt die BImA nun vor dem Landgericht. In der Antwort auf die mündliche Anfrage des BV Gindra räumte Bezirksstadträtin Dr. Klotz (Grüne) ein, dass bei einem Grundsatzurteil des Landgerichts gegen den Bezirk Ziele der Erhaltungssatzung ausgehebelt und im ungünstigsten Fall vielen privaten Akteuren spekulative Gewinne eröffnet werden könnten.

Zwei Anträge zur Dresdner Bahn mit derselben Stoßrichtung
In ihren Anträgen „Klares Bekenntnis zur Tunnellösung für die Dresdner Bahn" (Drs. 1517/XIX) lieferten sich CDU/Grüne und SPD gegenseitig einen Streit über etwas, worüber sich alle Parteien in der BVV eigentlich einig sind. BV Wissel (DIE LINKE.) machte es deutlich: Die Tunnellösung für die Dresdner Bahn in Lichtenrade ist die einzig sinnvolle Alternative, um AnwohnerInnen vor Verkehrslärm zu schützen. Darüber sind sich alle Parteien in der BVV einig.
Bausenator Geisel (SPD) zieht eine ebenerdige Bahnführung vor. Im Antrag von CDU/Grüne, dem die Linke zugestimmt hat, wird die Bezirksbürgermeisterin Schöttler (SPD) aufgefordert, sich beim Regierenden Bürgermeister Müller (SPD) mittels Richtlinienkompetenz für die Tunnellösung stark zu machen. Dem gegenüber stand ein Änderungsantrag der SPD, der das Bezirksamt (anstatt Frau Schöttler allein) ersucht, sich dem Senat (anstatt den anderen SPD-Herren) gegenüber für die Tunnellösung einzusetzen. Der Ursprungsantrag wurde angenommen.

Das EUREF-Gelände auf dem Gasometer - wirklich Leuchtturmcharakter?
Gleich zweimal spielte das Gelände des ehemaligen Gasometers beim S-Bahnhof Schöneberg, auf dem sich EUREF (Immobilien-Projektentwickler) angesiedelt hat, eine Rolle in der BVV-Sitzung. BV Gindra fragte zum einen das Bezirksamt, ob der Investor immer noch eine im Bebauungsplan vorgesehene Planstraße über den Tempelhofer Weg zum Sachsendamm bauen wolle. Dies ist bis jetzt nicht geschehen, auch wenn der Investor dies im Stadtentwicklungsamt unter Zeugen bekräftigt habe, so Dr. Klotz in der Beantwortung der Anfrage. Weiter hinauszögern könnte er das mit einem Verkehrsgutachten, um die Straße noch nicht bauen zu müssen.
Eine Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungsausschusses (Drs. 1533/XIX), in dem DIE LINKE. kein Stimmrecht hat, sollte nun die bisherigen Entwicklungen auf dem Gelände gutheißen. Verschärft wurde das noch durch einen Änderungsantrag der CDU, der dem Vorhaben „Leuchtturmcharakter für Tempelhof-Schöneberg" zuschreibt. In diesem Hurra für das Projekt ging der Ergänzungsantrag der Grünen, der die versprochene Sanierung des Gasometers und die Einhaltung der vertraglichen Pflichten betont, natürlich unter. DIE LINKE. hat sich konsequent verhalten und die Beschlussempfehlung sowie die CDU-Ergänzung abgelehnt.

Martin Rutsch

Flüchtlinge willkommen! - Europa. Anders. Machen. demokratisch-solidarisch-grenzenlos

Refugees welcome!
Gegen die Abschottungs-politik von EU und Bundesregierung setzen wir:
»Flüchtlinge willkommen«.
Am **20. Juni,** dem Weltflüchtlingstag, gibt es deswegen gemeinsam mit antirassistischen Gruppen, MigrantInnenorganisationen und vielen anderen mit eine große Veranstaltung, um ein Zeichen für Flüchtlinge zu setzen.
Am 20. Juni ab 16 Uhr
am Brandenburger Tor
mit Camel Zoum; Gregor Gysi; MdB (DIE LINKE) U.V.M; Grup Yorum; Munu & Nikitaman; Amewu
www.refugees-welcome.info

Die BVV-Drs. sind unter: http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp

Unsere Bezirksverordneten

Elisabeth Wissel
Telefon: 01577 34 62 721
wissel.elisabeth@googlemail.com

Harald Gindra
Tel: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Termine nach telefonischer Vereinbarung
Büro und Erreichbarkeit im **Rathaus Schöneberg**, Raum 2115
Tel: 030/ 90 2 77 4898
Sprechstunde:
Mittwochs 15 - 17 Uhr

Arbeitskreis Kommunales (AKK)
In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine:
Sitzungsvorbereitung: Montag 15.06. um 19 Uhr und Freitag 26.06.2015 um 18 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2115.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)
Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mi. 17.06. 2015, 17 Uhr, im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 3 10.06.2015 18:24:20

Veranstaltungsankündigung:

23. Lesbisch – schwules Stadtfest
20./21. Juni 2015
Nollendorfplatz, Berlin-Schöneberg
„Gleiche Rechte für Ungleiche!“

Unter diesem Motto veranstaltet der Regenbogenfonds e.V. zum 23. Mal, mit weit über 350.000 Besuchern, Europas größtes Lesbisch – schwules Stadtfest im traditionsreichen Schöneberger Norden rund um den Nollendorfplatz. Auch in diesem Jahr stehen politische, sowie gesellschaftliche Forderungen, neben guter Musik und Spaß, im Mittelpunkt. Auch die Linke, vertreten durch einen Stand der Bundestagsfraktion, beteiligt sich wieder und wird im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen, unsere Forderung nach „100% Gleichstellung jetzt!“ noch stärker darstellen. Mit dabei sind u.a. Harald Petzold, MdB (DIE LINKE) und Klaus Lederer, MdA (DIE LINKE).

Sa. 20. Juni 2015
„Europa anders machen!“
Kundgebung und Demonstration
anlässlich des Internationalen **Weltflüchtlingstages** und des Beginns der **weltweiten Griechenland-Solidaritätswoche**. Bundesweites Bündnis mobilisiert gegen Griechenland- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.
Beginn: **13 Uhr, Ort: Oranienplatz** Berlin-Kreuzberg
http://europa-anders-machen.net

100% Gleichstellung – jetzt!

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid zur Öffnung der Ehe in Irland, geht die Diskussion um Lebenspartnerschaft und Ehe auch in die Deutschland in eine neue Runde. Deutschland rückt in dieser Frage immer weiter ins Abseits. Obwohl inzwischen fast drei viertel der deutschen Bevölkerung sich für die Öffnung der Ehe ausprechen tut sich auf Bundesebene nichts.Die dauerhafte Blockkade von CDU und CSU kann inzwischen nicht mehr als konservativ bezeichnet werden, sondern ist inwischen eine reaktionäre Haltung. Europäisches Recht und gesellschaftliche Wirklichkeiten werden ignoriert, die Bundesregierung überlässt dieses Feld dem Bundesverfassungsgericht und der Rechtssprechung, die durch Angleichung an Europäisches Recht schrittweise eine Gleichstellung herbeiführen. Es wird somit auf die lange Bank geschoben und verkommt zu einer Farce zwischen Exekutive und Judikative. Auch wenn sich der Koaltionspartner SPD nach den jüngsten Ereignissen aus der Deckung begibt, so können die durch Justizminister Heiko Maas angekündigten Verbesserung an 23 Gesetzen lediglich als Kosmetik bezeichnet werden. Die Öffnung der Ehe ist damit noch nicht vollzogen und die komplette rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften bleibt somit auf der Strecke. Die Bundesregierung sieht zu und hält still.
Der Druck auf die Regierung nimmt jeoch zu. Aktuell streben Baden-Württemberg, Brandenburg und Thüringen eine Bundesratsinitiative zur Öffnung der Ehe an. Es zeigt, dass nicht nur DIE LINKE. im Bundestag, sondern auch die Bundesländer die Diskrimminierung nicht weiter hinnehmen wollen.
Zudem liegt dem Deutschen Bundestag seit Dezember 2013 ein Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zur Öffnung der Ehe für eingetragene Lebenspartnerschaften vor. Auf Antrag unserer Fraktion wird sich nun nach 2 Jahren der Rechtsausschuss in einer öffentlichen Anhörung am 1. Juli mit diesem Entwurf beschäftigen. Ein Zustimmungsbeschluss des Bundestages wäre in der gleichen Sitzungswoche noch möglich. Eine rechnerische Mehrheit gäbe es. Es ist nun an der SPD sich zu entscheiden, Koalitionstreue oder die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerechten zu ermöglichen.

Philipp Bertram

Dokumentiert

Wir setzen auf die Berliner Bevölkerung!

PM: Erklärung der Initiative Mietenvolksentscheid zur Abgabe des Antrags auf Einleitung eines Volksbegehrens. Heute, am 1. Juni 2015 um 15:00 Uhr hat die Initiative „Mietenvolksentscheid Berlin“ **48.541 Unterschriften** bei der Senatsverwaltung für Inneres abgeben.
Diese sind erforderlich, um den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zu unterstützen.
Die Initiative macht deutlich, dass sie zur Lösung der Mietproblematik nicht mehr auf die etablierten Parteien, sondern auf die Berliner Bevölkerung setzt.
Stephan Junker, Mitglied des Koordinationskreises der Initiative, erklärt: „Wir haben in den letzten Wochen eine unglaubliche Unterstützung und Zuspruch erlebt. So sind am Ende sensationelle 48.541 Unterschriften gesammelt worden. Damit haben die Berliner*innen in wenigen Wochen den nötigen Druck aufgebaut, damit die Frage der sozialen Wohnraumversorgung wieder ganz oben auf der Tagesordnung steht“
Dabei ist es uns als Initiative sehr wichtig, dass alle Menschen in der Stadt über ihre Belange mit entscheiden können. Fast eine halbe Million Menschen leben seit Jahren in Berlin und haben kein Wahlrecht. „Sie sind Berliner*innen, die von demokratischen Beteiligungsprozessen ausgeschlossen werden“, erklärt Melanie Dyck von der Initiative Mietenvolksentscheid.
Die Beteiligung aller Bewohner*innen Berlins an direkter und repräsentativer Demokratie sei eine Voraussetzung für eine soziale Stadtentwicklung.
Die Initiative begrüßt, dass sich nun endlich auch der Senat intensiver mit den Themen soziale Wohnraumversorgung und Demokratie ernsthafter beschäftigen muss.
Deutlich wurde in den letzten Tagen jedoch dass die SPD ihre Linie noch sucht. Senator Geisel droht nun gar mit einer verfassungsrechtlichen Überprüfung um das Thema aus dem Wahlkampf zu halten. Eine Stellungnahme zu den künstlich hochgerechneten Kosten seitens SenStadt oder der angekündigte 10 Punkte-Plan des Senators stehen hingegen noch aus. Zeitgleich sucht sein Staatssekretär das Gespräch mit der Initiative.
Bezug nehmend auf immer wieder laut werdenden „Verhandlungsforderungen“ und der Panikmache führt Junker weiter aus: „Wer es seitens des Senats, wirklich ernst meint, braucht uns nicht. Die Regierung kann jederzeit mieter*innenfreundliche Gesetze beschließen, das würden die Berliner*innen sicherlich begrüßen. Zum Beispiel: eine neue Liegenschaftspolitik, stärkere Regulierung des privaten Wohnungsmarkts, Überprüfung der Kostenmiete des alten sozialen Wohnungsbaus, die Unterbringung von Geflüchteten, Privatisierungsverbot öffentlicher Unternehmen, u.v.m.“.
Die bisherigen „Verhandlungsangebote“ sowie die Drohungen, sieht die Initiative daher vor allem als Strategie, dem Mietenvolksentscheid Wind aus den Segeln zu nehmen. Man ist weiterhin bereit, mit allen Berliner*innen und Interessierten über den Mietenvolksentscheid zu reden. Wenn der Senat jedoch verhandeln möchte, kann er selbst einen konkreten Gesetzesentwurf vorlegen, und sich der öffentlichen Diskussion und Kritik stellen.

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 4 10.06.2015 18:24:23

Gewaltfreie Blockade gegen US-Atomwaffen-Stützpunkt in der Eifel (Büchel)

Die Initiative „Büchel atomwaffenfrei“ unter dem Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“, zu dem sich über 50 Friedensgruppen zählen, hat eine Kampagne zur gewaltfreien Blockade gegen Atomwaffen gestartet. Büchel, ein unscheinbarer Ort in der Eifel zwischen Koblenz und Trier, sitzt auf einem Pulverfass, denn dort lagern noch aus den Zeiten des Kalten Krieges bis zu 20 Atomwaffen der USA der Typen B61.Vom Fliegerhorst Büchel werden jährlich Bundeswehr Kriegs-Einsätze mit Tornados, die diese Waffen tragen können, geübt, was von Russland und China als rechtswidrig kritisiert wird. Von den ehemaligen europäischen Atomwaffen-Standorten gibt es inzwischen 85% nicht mehr, was Dank der Abrüstungsverhandlungen (INF-Verträge) zwischen USA und Russland möglich wurde. 1988 trat der Vertrag über Vernichtung und Produktionsverbot aller atomwaffentragenden Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite in Kraft. Bis 2005 gab es noch den Standort Ramstein, von dem 130 Atomwaffen abgezogen wurden. Obwohl es 2010 einen mehrheitlichen Bundestagsbeschluss gab, endlich alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen beziehungsweise sich bei der NATO und den USA dafür „einzusetzen“, dass diese Waffen abgezogen werden, geschieht jedoch bis heute nichts. Dagegen ist nun die Rede von „nuklearer Teilhabe“, ein Konzept innerhalb der Abschreckungspolitik der NATO, bei dem im Ernstfall Tornados oder weiter entwickelte Fluggeräte die Bomben zu ihren Zielen bringen würden.

Gearbeitet wird derzeit auch an „Lebensdauerverlängerungen“ (leider nicht nur eine schizophrene Wortschöpfung der NATO) der Waffen. Diese Vorhaben zielen darauf, möglichst weitgehend neue Nuklearwaffen oder gar eine neue Nuklearwaffengeneration zu entwickeln und zu bauen. Präsident Obama billigte 2010 eine Modernisierung der Bomben des Typs B61. Die sogenannte Modernisierung der Bomben würde sie passfähig für den Träger Eurofighter machen. Bis 2050 sollen so präzisere Waffen einsatzbereit sein.

Seit Jahrzehnten fordern Friedensbewegungen in ganz Deutschland die generelle nukleare Abrüstung und gewaltfreie Konfliktlösungen, aber genau das Gegenteil passiert und dagegen formiert sich der Widerstand. Dem Aufruf „Büchel 65“ folgten vom 14.-16. Mai Mitglieder der FRIKO (Friedenskoordination Berlin) und Mitglieder der LINKEN. Die Kampagne wird von Friedensaktivisten vor Ort organisiert, die sich das Ziel gesetzt hat, den Fliegerhorst 65 Tage lang zu blockieren. Täglich kommen Menschen aus den verschiedensten Regionen Deutschlands, um daran teilzunehmen. Die Aktion mit Sitzblockaden vor den Toren des „Fliegerhorstes“ fand am Freitag und am Samstag mit Unterstützung vom Internationalen Versöhnungsbund statt. Es gab eine Lesung zu einem „Atomkrimi“ und als solidarische Geste und Unterstützung spielte eine chilenische Musikgruppe. Trotz vorheriger Befürchtung verlief die Blockierung jedoch unerwartet friedlich ab, obwohl teilweise mehrere Einfahrtstore zum Stützpunkt zugleich blockiert wurden. Auffallend war leider eine geringe Teilnahme der AnwohnerInnen, die diesen Atomwaffen-Stützpunkt zuerst als den größten „Arbeitgeber“ mit mehr als 1200 Arbeitsplätzen sehen. Die Blockadetage sollen bis zur Internationalen Konferenz zum Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT) stattfinden, den Deutschland 1969 mit unterzeichnet hat. Dieses Abkommen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist ein internationaler Vertrag, der die Verbreitung und die Verpflichtung u.a. zur Abrüstung von Kernwaffen beinhaltet.

Zur Gewährleistung dieses Vertrages findet alle fünf Jahre eine Überprüfungskonferenz statt. Die Bemühungen, eine Ächtung der Atomwaffen herbeizuführen, sind vielfältig. So trafen sich jüngst VertreterInnen von 146 Regierungen zu einer Konferenz in Mexiko, um der Forderung für eine vollständige Abrüstung von Atomwaffen Nachdruck zu verleihen. Der Druck auf die Regierungen, die Atomwaffen besitzen oder im Auftrag der USA lagern, muss weiter verstärkt werden. Eine totale Ächtung dieser Waffen, wie es auch bei Chemie- und Biowaffen oder Landminen gelungen ist, muss auch hier erreicht werden. Dazu sind weltweite und ständige Proteste und Blockaden, wie beispielsweise jetzt in Büchel geschehen, notwendig. Hiroshima muss allen eine Mahnung sein.

Elisabeth Wissel

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

Dokumentiert

Erneuter Anschlag auf LINKE-Büro in Tempelhof-Schöneberg

26. Mai 2015
Landesvorstand

Die Landesgeschäftsführerin der Linken Berlin Katina Schubert erklärt:

In der Nacht zu Montag, den 25. Mai 2015 wurde unser Büro in der Feurigstraße in Schöneberg erneut Ziel eines Anschlags. Alle fünf großen Schaufensterscheiben und die Eingangstür wurden vermutlich mit einem stumpfen Gegenstand eingeschlagen. Darauf lassen die kreisrunden Einschläge auf den Scheiben schließen. Es ist bereits der dritte Vorfall binnen sieben Monaten in dieser Geschäftsstelle. Bereits im Oktober 2014 wurde alle Scheiben mit Pflastersteinen zerstört, vor vier Wochen wurde eingebrochen und Bürotechnik entwendet. Wir werden uns von diesen Überfällen nicht einschüchtern und nicht aus diesem Kiez vertreiben lassen. Die Geschäftsstelle ist ein wichtiger Ort politischer Debatte und Aktion und wir werden ihn für Tempelhof-Schöneberg erhalten.

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 5 10.06.2015 18:24:26

Immer noch 3,6 Millionen Arbeitslose
Zeit zu handeln statt zu tricksen

... Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. (...) Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Mai 2015 waren mehr als 3,5 Millionen Menschen arbeitslos. Darüber hinaus tauchen 103.000 nicht erwerbstätige Personen – die sog. stille Reserve[1] – in keiner Arbeitslosenstatistik auf, weil sie sich entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und sich nicht (mehr) als arbeitslos registrieren lassen.

Offizielle Arbeitslosigkeit im April 2015 **2.761.696**

Nicht gezählte Arbeitslose:

Älter als 58 beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II[0]	166.973
Ein-Euro-Jobs (Abeitsgelegenheiten)	95.082
Förderung von Arbeitsverhältnissen[2]	8.484
Fremdförderung	100.206
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit[3]	-
Berufliche Weiterbildung	170.711
Aktivierung und berufliche-Eingliederung (z.B. Vermittlung durch Dritte)	178.435
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	3.666
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	80.554
Nicht gezählte Abeitslose gesamt:	**804.111**
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im April 2015	**3.565.807**

Quelle: BfA Monatsbericht Mai 2015, S. 66;
[0]Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschusse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nichtberücksichtigt Die dort ebenfalls älteren Arbeitslosen die aufgeführten auf Grund verschiedene rechtliche Regelungen (§428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a, Abs. 2, SGB II u.a.) nicht als Arbeitslose zählen (älter als 58). beziehen ALG I oder II. [1]IAB Kurzbericht 7/2015 Seite 8; (Stille Reserve im engeren Sinn - Prognose 2015.) [2]Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen zum April 2012(...) zur Förderung von Arbeitsverhältnisse (**FAV**) verbunden. [3]Ende 2014 Bürgerarbeit programm ist ausgelaufen.

Investitionen statt Schuldenbremse.

Das muss drin sein! Jetzt aktiv werden für gutes Leben und gute Arbeit!

Der Finanzminister und seine Kanzlerin feiern die Schuldenbremse ab – doch das ist weder gut für die Menschen noch für die Wirtschaft. Wer es gut meint, der muss investieren – in öffentliche Krankenhäuser, in Schulen und Universitäten, Straßenbau, in Gemeinschaftszentren und Kitas, oder kurz gesagt: in die rund achtzig Millionen Menschen, die in Deutschland leben. Denn sie sind es, die durch ihre täglichen Einkäufe und Ausgaben der Wirtschaft zu Wachstum verhelfen. Klingt logisch? Ist es auch, allerdings nicht für die Schuldenbremse. Diese verbietet den Gemeinden und Städten, in das Gemeinwohl zu investieren. Und so schuften Beschäftigte in öffentlichen Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen unter Dauerstress zu schlechten Löhnen. Gleichzeitig hangeln sich immer mehr junge Leute von einem befristeten Job zum nächsten, oder halten sich mit Teilzeit- und Minijobs über Wasser. Denjenigen, die aus dem Hamsterrad rausfallen, droht mit Hartz IV Armut per Gesetz. Dass das Geld gerade noch für die ständig steigende Miete und die dicke Stromrechnung reicht, geht vielen so. Ein Kinobesuch mit der ganzen Familie? Ein paar Tage Urlaub an der See? Ein unbefristeter Arbeitsvertrag, womöglich nach Tarif bezahlt? Was in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich sein sollte, ist für immer mehr Menschen Luxus. Wir aber meinen: Das muss drin sein! Mit unserer Kampagne wollen wir Selbstverständliches wieder selbstverständlich machen. Wir sind aktiv, vor Ort, in den Gemeinden, auf den Plätzen - zusammen mit allen, deren Horizont nicht das Wohlbefinden der Finanzmärkte ist. Eine Einladung an alle, die mitmachen wollen bei einer Politik, die von den Menschen ausgeht. Von Menschen, die sich nicht einfach beiseiteschieben lassen und sich nicht damit abfinden, dass es keine Alternativen gibt, dass die Experten schon für sie entscheiden werden. Nehmen wir uns die Politik zurück!

Vom 8. bis 14. Juni geht es rund – macht mit bei der bundesweiten Aktionswoche „Das muss drin sein!“ Eure Ideen und Aktionen sind gefragt –viele Informationen und Anregungen gibt’s unter www.das-muss-drin-sein.de

Auszahlung der Sozialleistungen im Bezirk: keine „Fehlentwicklung“?

Nicht nur in unserem Bezirk, sondern darüber hinaus war über die Medien von Seiten der Betroffenen zu hören, dass es immer wieder zu verzögerten Auszahlungen der Sozialleistungen komme. Das Bezirksamt teilt hierzu mit: „Die tatsächliche Auszahlung dieser Beträge erfolgt regelmäßig... für das gesamte Land Berlin... Diese Verfahren haben sich in den letzten Jahren als sehr zuverlässig erwiesen, so dass es nur in ganz wenigen Ausnahmefällen aus technischen Gründen oder wegen Terminkollisionen zu sehr geringen Auszahlungsverzögerungen von wenigen Tagen gekommen ist.“ Für Menschen die auf die wenigen Euro, die sie bekommen, dringend angewiesen sind, besteht immer wieder ein Risiko, davon betroffen zu werden. In einer Kleinen Anfrage der Verordneten Wissel (DIE LINKE) wurde nach diesen Vorkommnissen beim Bezirksamt nachgefragt. Die Antwort war eher dürftig und erweckte den Eindruck, dass im Wesentlichen alles gut laufe bzw. „dass Verzögerungen bei der Auszahlung von Sozialleistungen, d.h. keine nahtlose Auszahlung anlässlich von Weiterbewilligungsanträgen, ebenfalls nicht immer vermieden werden konnten. Statistische Auswertungen mit den geforderten Angaben werden allerdings nicht erhoben.“ Diese würde allerdings mehr Klarheit bringen über die Häufigkeit unterbliebener Anweisungen sowie die Gründe, die meist nur in der Nichtmitwirkungspflicht der „KundInnen“ gesehen werden. Beim Jobcenter ist eine Aufstockung der Stellen von derzeit 248 um weitere 13 Stellen vorgesehen. Auch die Fluktuation und die teilweise Befristung der Stellen weisen darauf hin, dass nicht alles reibungslos klappen kann, was dann wieder die betroffenen LeistungsempfängerInnen zu spüren bekommen. Im Fachbereich Asylbewerberleistungsgesetz liegt der Betreuungsschlüssel bei durchschnittlich 126 Fällen pro SachbearbeiterIn, wobei jetzt schon ein Stau prognostiziert werden kann, denn auf absehbare Zeit wird sich die Zahl der Bedürftigen erhöhen und damit auch die Zahl der ihnen zu Last gehenden Versäumnisse. Personalmissstände dürfen niemals auf dem Rücken der Schwächsten ausgesessen werden.

Elisabeth Wissel

http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 6 10.06.2015 18:24:26

Botschafter Cuba's zu Gast in der Roten Insel

Nachhaltigkeit wird groß geschrieben

AG Cuba Sí Presseinformation, 2.6.2015
Nach der erfolgreichen Bulldozer-Aktion 2011 sammelt die AG Cuba Sí nun Spenden für den Kauf einer Mähmaschine und eines Häckslers. Bisher ist schon rund die Hälfte der Kaufsumme von 30.000 Euro auf dem Spendenkonto eingegangen. Nun beginnt der Endspurt der Kampagne!
Vor vier Jahren übergab Cuba Sí einen 160.000 Euro „schweren" Bulldozer an Kuba. „Dieser Bulldozer", „o berichtet Natacha Leyva Crombet, die Leiterin des landwirtschaftlichen Betriebs „Empresa Valle del Perú (Provinz Mayabeque), „ist ständig im Einsatz und hilft in der ganzen Region, brachliegende Flächen vom Dornenstrauch Marabú und anderen invasiven Pflanzen zu befreien und so landwirtschaftlich wieder nutzbar zu machen. Dieser Bulldozer ist für uns nicht mehr wegzudenken."
Hier in Valle del Perú realisiert Cuba Sí eines seiner vier Landwirtschaftsprojekte. Auf den wieder urbar gemachten Flächen wachsen nun Futterpflanzen für die Tiere des Projektbetriebes. Diese Pflanzen müssen geerntet und verarbeitet werden - aber der Maschinenpark des Projektbetriebes stößt mit den größer gewordenen Nutzflächen an seine Grenzen. Deshalb haben die Aktivistinnen und Aktivisten von Cuba Sí eine Sonderspendenkampagne ins Leben gerufen: Für 30.000 Euro wollen sie eine Mähmaschine und einen Futterhäcksler für das Projekt in Valle del Perú kaufen, um die nachhaltige Milchproduktion in diesem Landwirtschaftsprojekt weiterzuentwickeln.
Die Mähmaschine vom Typ JF C120 wird nicht nur Weidegras ernten, sondern auch holzigere Pflanzen wie Morera und Futterzuckerrohr. Morera ist eine Maulbeerbaumart, die als vitamin- und proteinliefernder Bestandteil dem Tierfutter zugesetzt wird. Der Häcksler der Marke Cabezal JF-1300 kann an die Mähmaschine angeschlossen werden und ist in der Lage, pro Tag eine Tonne der geernteten Pflanzen zu Futter zu verarbeiten.
Mit diesen zwei Geräten können die kubanischen Partner von Cuba Sí die wiedergewonnenen Agrarflächen nachhaltig bewirtschaften und so die Milchproduktion steigern. Der Anbau verschiedener Futterpflanzen für Kaninchen, Schweine und Ziegen fördert zudem die Diversifizierung der Milchhöfe. Parallel zu dieser Sonderspendenaktion wird das kubanische Agrarministerium Brunnen und Bewässerungsanlagen auf der Empresa instand setzen.
Das Erreichen der Ernährungssouveränität ist eines der vorrangigen Ziele Kubas, denn immer noch muss das Land einen Großteil der benötigten Lebensmittel importieren. Die AG Cuba Sí hilft mit ihren Landwirtschaftsprojekten – und auch mit dieser Sonderspendenaktion –, dieses anspruchsvolle Ziel zu erreichen. Für die Landwirtschaft, aber auch für die Gesamtwirtschaft des Landes gilt: Je mehr Produkte Kuba selbst herstellen kann, desto mehr Devisen kann das Land einsparen und seine Ökonomie unabhängiger von teuren Importen gestalten.
Im kommenden Jahr feiert die AG Cuba Sí ihr 25-jähriges Jubiläum. „Wir möchten uns bei allen Spenderinnen und Spendern herzlich bedanken, die unsere Solidaritätsarbeit mit kleinen und großen Spenden unterstützen", sagt Miriam Näther, Koordinatorin von Cuba Sí. „Gemeinsam mit Euch und mit Ihnen wollen wir auch diese Sonderspendenaktion für eine Mähmaschine und einen Häcksler zu einem Erfolg der Solidarität machen."
Die Cuba Sí-Kampagne **„Milch für Kubas Kinder"** sie läuft bereits seit 1991 – bedeutet neben höheren Produktionsergebnissen auch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in den Projektregionen, aber sie ist auch eine Unterstützung und Ermutigung für Kuba, seinen unabhängigen und souveränen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung unbeugsam weiter zu beschreiten. *(...Die Lupe)*
Für die Mähmaschine und den Häcksler spenden:
Empfänger: DIE LINKE/Cuba Si
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC: BE LA DE BE XXX (Berliner Sparkasse)
Bitte unbedingt den korrekten Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder/Häcksler".
Sollten Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, so geben Sie dies bitte im Verwendungszweck an.

20. Mai 2015: Hoher Besuch von der „roten Insel" in der Roten Insel: Der kubanische Botschafter, S.E. René Juan Mujica Cantelar, besuchte die Geschäftsstelle der LINKEN Tempelhof-Schöneberg. Auf Einladung der Bezirksverbands und der Bundestagsabgeordneten Azize Tank berichtete der Botschafter vor rund 30 Gästen von den aktuellen Veränderungen in den Beziehungen seines Landes zu den USA. Der Europa-Verantwortliche im ZK der Kommunistischen Partei Kubas, Pedro Noel Carrillo Alfonso, betonte zugleich, dass für Kuba vor allem die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nachbarstaaten von Bedeutung seien. Die Wende in den Beziehungen zu den USA sei zwar erfreulich, aber nicht entscheidend für das Schicksal der Insel. Das sozialistische Gesellschaftsmodell stehe nicht in Frage, sondern solle im Zuge der gegenwärtigen Reformpolitik verbessert werden. Der Botschafter wies zum Abschluss auf den anstehenden EU-Lateinamerika-Gipfel am 10./11. Juni in Brüssel und auf die Alternativ-Veranstaltungen, die den Gipfel kritisch begleiten werden, hin. Er lud DIE LINKE dazu ein, sich zu diesem Anlass mit sozialen Bewegungen und Linksregierungen aus Lateinamerika zu treffen.

Alexander King

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 7 10.06.2015 18:24:29

Rote Insel

DIE LINKE.
Tempelhof - Schöneberg
Bezirksgeschäftsstelle:
Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. und Do: 11 - 18 Uhr
Mo. und Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de
Webseite:
www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Mitgliederversammlung
Telefonischerfragen
Bezirksvorstand
10. u. 24.06.,19 Uhr
BO Schöneberg
06.07.2015, 19 Uhr
BO Tempelhof
18.06.2015.,19.30 Uhr
BO Arbeit-Soziales
29.06.,19 Uhr
Arbeitskreis Kommunales (AKK) siehe bitte S. 3
Arbeitskreis Kommunale Altersversorgung
15.06., 18 Uhr
Sondertermine:

Basteln BOAuS
25.06. 17 Uhr
Inselgespräche
04.07., 15 Uhr
JobCenter-Aktion
07.07., mit Azize Tank,
10 Uhr Wolframstr. (U6 Ullsteinstr.)
Familien Treffen
13.06.2015, 15 Uhr

Berliner Geschichts Werkstatt e.V.

Radtour: "Direkt vor der Haus Tür - NS Zwangsarbeit in Lichtenrade"
05.07.2015, Treffpunkt: 11 Uhr
S2 Lichtenrade
Tel: 215 44 50

»Brandaktuell«: Rassismus! Feindbild „Islam“ im Kontext von Flucht, Migration und Kriegen Alltäglicher und institutioneller Rassismus – in neuem Gewand?

Eine Diskussionsveranstaltung der LINKEN Tempelhof-Schöneberg und Azize Tank, MdB, Sprecherin für soziale Menschenrechte der Fraktion die LINKE
Montag, 22. Juni 2015, um 19 Uhr in der Roten Insel, Feurigstraße 68, Berlin-Schöneberg, S1 Julius-Leber-Brücke
Es diskutieren:
Aliye Yegane, Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, Inssan e.V.
Eberhard Schultz, Menschenrechtsanwalt und Vorstandsmitglied der internationalen Liga für Menschenrechte, Berlin
Biblap Basu, Reachout Berlin, Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)
Moderation: Dirk Stegemann, Flüchtlingsaktivist

Rechtsberatung

mit Rechtsanwalt Claus Förster, **2. und 4. Dienstag** 09. und 23. Juni 2015, **11-14 Uhr** in der »Roten Insel«, **Feurigstraße 68** (S1 Julius-Leber-Brücke), sowie **1. und 3. Donnerstag,** 04. und 18. Juni sowie 02. Juli 2015 von **16-18 Uhr, Grunewaldstr. 73**, 10823 Berlin, (U7 Eisenacherstraße) siehe auch Wahlkreisbüro.

Wahlkreisbüro
Grunewaldstr. 73
10823 Berlin
Telefon: (030)
98 354 777
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
Azize Tank (MdB)
11011 Berlin
E-Mail: azize.tank.wk@bundestag.de
Telefon: (+4930) 227 77851
Telefax: (+4930) 227 76851

Mieterberatung

mit der Rechtsanwältin: Natalija Milošević
Ab **28. Juli 2015** gibt es bei uns jeden **1. und 3. Dienstag** im Monat, **von 15 bis 18 Uhr**, eine Mieterberatung in der Roten Insel.

Mieter-Aufruf: *Gentrifizierung* - Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert!

DIE LINKE als kleine Partei in einem großen Bezirk kann nicht überall sein. Wir wollen aber herausfinden, in welchem Umfang und mit welchen Methoden sich Ihre Nachbarschaft verändert. Warum Mieter mit kleinem Einkommen wegziehen müssen und sich die sogenannte „Aufwertung“ von Kiezen breit macht.
Deswegen bitten wir Sie um Informationen: Wo werden aufwändige Sanierungen geplant, verbunden mit der Ankündigung erheblicher Mietsteigerungen? Wo werden ganze Häuser „leergezogen“ um grundzusanieren und anschließend in Eigentumswohnungen umzuwandeln? Wo werden Wohnungen zu Ferienwohnungen umgewandelt oder bereits als solche genutzt? Wo werden die weitgehenden Mieterhöhungsspielräume extrem ausgenutzt? Wo werden Wohnungswechsel zu extremen Mieterhöhungen genutzt? Wo müssen Hartz-IV-Haushalte Wohnungen räumen, weil sie eine Aufforderung des JobCenters erhielten, ihre Mietkosten zu senken?
Wir wollen Ross und Reiter nennen, weil wir nicht nur aus nüchternen Statistiken die Änderung der Lebensumstände von so vielen Menschen in unserem Bezirk bewerten wollen. Wir wollen diese Erfahrungs- und Wissenssammlung in politische Initiative umsetzen: krasse Fälle öffentlich machen, die Vernetzung und den Widerstand unterstützen und im Rahmen unserer Möglichkeiten auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene parlamentarische Initiativen anstoßen.
Helfen Sie uns dabei!
Mieter-Notrufe an: Mi. 15-17 Uhr: 902 77 48 98
Per E-Mail an Linke.BVV.TS@googlemail.com
oder per Post an: DIE LINKE, Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Redaktion: DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg; Berliner Bank IBAN: DE 75 1007 0848 0525 6078 06 BIC: DEUTDEDB110; Erscheinungsweise: 10-12x jährlich Auflage:1.000 Exemplare, V.i.S.d.P.: Bezirksvorstand, Carsten Schulz, Layout: Grace Irazoque, Druck: Bunter Hund; Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/r Autors/In wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion oder des Bezirksvorstandes. **Textabgabe-Termin ist jeden 15. des Monats**, für die Mai 2015 Ausgabe war sie am 15.05.2015. Mai-Schlussredaktion: 28.05.2015. **Juli-Planung 10.06.2015**, **Schlussredaktion 24.06.2015 nur nach Absprache!** Diese Nummer erscheint **online** voraussichtlich am 5.06.2015, in Druckversion am 11.06.2015.
http://www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de/politik/die_lupe/

DIE_LUPE_Juni_2015_Color_GRAU_.indd 8 10.06.2015 18:24:35